

Hohenems, am 17.12.2024

Niederschrift

über die am Dienstag, dem 10. Dezember 2024 um 19:00 Uhr im Löwensaal, stattgefundenene

34. öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Liste Dieter Egger:

Bgm. Dieter Egger
StR. Mag. (FH) Markus Klien
StR. Milina Kloiber
StV. MAS Johannes Drexel
StR. Erika Kawasser
StR. Dietmar Amann
StV. Kurt Aberer
StV. Johann Großschedl
StV. Klaus Kühne
StV. Norbert Fenkart
StV. Robert Schneider
StV. Andreas Sohm
StV. Dietmar Wehinger
StV. Christian Hefel
EM. Günter Amann
EM. Werner Rampler
EM. Günther Messner

Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger
Liste Dieter Egger

Hohenemser Volkspartei - Team Gerhard Stoppel:

StR. Gerhard Stoppel
StR. Angelika Benzer
StV. Helmut Troy
StV. MBA Philipp Schuler
StV. Ing. Dieter Mathis
StV. DI Christian Mathis
EM. Manfred Hoffmann

Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei
Hohenemser Volkspartei

Grüne und Parteifreie:

Vizebgm. Mag. Patricia Tschallener
StV. Gabriele Bächle

Grüne und Parteifreie
Grüne und Parteifreie

	StV. Mag. Stefan Birkel	Grüne und Parteifreie
	StV. Mag. Sabine Mohr-Egger	Grüne und Parteifreie
	StV. Maria Benzer	Grüne und Parteifreie
	EM. Mag. Art. Dietmar Fend	Grüne und Parteifreie
Ems isch üsr:	StR. DSA Bernhard Amann	Ems isch üsr
	StV. Osman Güvenc	Ems isch üsr
	EM. Birgit Vanheiden	Ems isch üsr
	StV. Roswitha Sahler	Ems isch üsr
Steinbruch - Gegner:	StV. DDr. Arnulf Häfele	Steinbruch - Gegner
SPÖ Hohenems und Parteifreie:	StV. Günter Zechner	SPÖ Hohenems
Auskunftsperson:	Dr. Markus Kranz Raimund Lebenbauer	
Schriftführerin:	Birgit Amann	
Entschuldigt:	StV. Arno Bentele	Liste Dieter Egger
	StV. Robert Isopp	Grüne und Parteifreie
	StV. Iris Kaulfus	Liste Dieter Egger
	StV. Birgit M. König	Hohenemser Volkspartei
	StV. Anton Strammer	Liste Dieter Egger
	StV. Gökhan Ugurlu	Ems isch üsr

Tagesordnung

1. Begrüßung und Fragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters - Petition "Die Eiche"
3. Besetzung von Ausschüssen
4. Voranschlag 2025
- 4.1. Voranschlag der Stadt Hohenems für 2025
- 4.2. Voranschlag der Stadt Hohenems Immobilienverwaltungs-GmbH & Co KG 2025 (GIG)
- 4.3. Gemeindeabgaben und -tarife 2025
5. Teiländerung des Flächenwidmungsplans, Gst-Nr 6961/3, Hochquellenstraße, Schießstand, Veröffentlichung Entwurf
6. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7649, 7650, 7651, 7693/1, Grüner Platz-Weg - Beschluss der Änderung
7. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 8361, Obere Sackstraße - Beschluss der Änderung
8. Parkabgabeverordnung: Änderung (2. Novelle)
9. Novelle Spielplatzverordnung
10. Sondergebrauchsvertrag mit dem Land Vorarlberg zur Unterbauung (Verbindungstunnel) der L190 an der Kreuzung Radetzkystraße/Diepoldsauer Straße - Zuständigkeit Stadtvertretung

11. Bericht des Bundesrechnungshofes: Brückenerhaltung in Vorarlberg, Follow-up-Überprüfung
12. Bericht des Prüfungsausschusses zur Prüfung der Vereinsförderung der Stadt Hohenems
13. Bericht des Prüfungsausschusses zu den Projekten Neubau KIBE Rheinhof und Neubau Rückzugsraum KIGA Wald
14. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz
15. Genehmigung der Niederschrift über die 33. Sitzung der Stadtvertretung
16. Allfälliges

Verlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden StadtvertreterInnen, BürgerInnen und die Zuseher via Livestream und stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig ergangen und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der TOP 6 „Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7649, 7650, 7651, 7693/1, Grüner Platz-Weg - Beschluss der Änderung“ und der TOP 7 „Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 8361, Obere Sackstraße - Beschluss der Änderung“ werden am Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

1. Begrüßung und Fragestunde

Christian Mathis von der Leermahdsiedlung stellt Fragen an den Bürgermeister.

Elisabeth Albrecht von der Petition „Die Eiche“ stellt Fragen an den Bürgermeister.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters - Petition "Die Eiche"

Die Petition von „Die Eiche“ für den Erhalt der Kinderschutzgrenzen – wo endet Frühsexualisierung und pädagogische Sexualaufklärung? Die bedrohlichen Vorhaben der WHO wird zur Kenntnis gebracht.

3. Besetzung von Ausschüssen

Keine Wortmeldungen

4. Voranschlag 2025

4.1. Voranschlag der Stadt Hohenems für 2025

Bürgermeister: Die finanzielle Lage der öffentlichen Hand ist äußerst schwierig. Die Entwicklung ist sehr schlecht. Die Inflation und die wirtschaftliche Rezession sind Dinge, die wir nicht beeinflussen können. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft stark auseinander. Ich habe mir speziell die Ausgabenseite angeschaut: Die letzten 5 Jahre Sozialfond finanzieren wir mit 40 % mit. Das sind 1,5 Mio. mehr in unserem Budget. Der Gesundheitsfond hat sich um über 2 Mio. erhöht. Die Kinderbetreu-

ung und Frühpädagogik sind über 70 %. Der Bereich der Schulen ist eine enorme Belastung. Die Personalkosten Kindergärten haben eine Steigerung von 5,2 Mio. in den letzten 5 Jahren.

Die Ertragsanteile haben sich nur um 20 % erhöht. Es sind hier enorme Änderungen und Unterstützung vom Gemeindeverband und Land notwendig. Der Umlegungsschlüssel muss neu erstellt werden, am besten 80 zu 20. Leistungen müssen überarbeitet werden. Ein starker Zuwachs von Bürokratie ist zu bemerken. Der Verwaltungsaufwand ist sehr groß. Die nächsten zwei Jahre müssen wir mit dem Land Vorarlberg anschauen, wie wir die Finanzen in den Griff bekommen. Wir müssen Abläufe effizienter machen, es ist keine einfache Aufgabe.

Anfang des nächsten Jahres soll eine Steuerungsgruppe zur Erarbeitung von Sparpotenzialen, bestehend aus allen Fraktionen und der Verwaltung einberufen werden.

In diesem Sinne ist das Budget 2025 zu betrachten. Beim Ergebnisvoranschlag ist der Saldo 1 wo wir ein positives Ergebnis von 1,9 Mio. erwirtschaften können. Damit man sieht, dass wir in diesen stürmischen Zeiten gut dastehen, ist das wichtig. Die Städte Bregenz und Feldkirch schaffen den laufenden Betrieb nur noch mit Darlehen. Bregenz hat eine Schuldensteigerung von 20 %. Feldkirch hat ein Plus von 37 Mio. Darlehensaufnahmen. Bregenz hat eine Prokopfverschuldung von 5.700 Euro, Feldkirch über 3.000 Euro und wir sind bei 2.000 Euro. Diese ist sogar leicht sinkend. Wir schaffen es, keine Schuldenzunahme herbei zu führen. Es ist ein Sparbudget. Das Notwendige wurde vor die Wünsche gestellt.

Erneuerbare Energie: In den letzten Jahren haben wir sehr viel investiert. Die städtischen Gebäude sind fast alle umgestellt.

Vereine/Institutionen: Es stehen allen 4,8 Mio. zur Verfügung. Wir unterstützen diese so gut als möglich.

Mobilität: Es sind 1,7 Mio. für ÖPNV, Fahrradwege Untere Radetzkystraße, Klimaticket, Stadtradaktion, usw. vorgesehen.

Sicherheit und Schutz: 1,1 Mio. Euro kostet das neue Rüstlöschfahrzeug für die Feuerwehr
Brückensanierungen werden angegangen

Infrastruktur: sind fast 2 Mio. vorgesehen. Was notwendig ist, soll umgesetzt werden.

Die weitere Entwicklung ist abzuwarten. Die wirtschaftliche Entwicklung ist ungewiss. Die Zinssenkung wird wahrscheinlich von der EZB noch fortgesetzt. Die Rahmenbedingungen sind sehr schwierig.

Wir haben uns wirklich bemüht mit den Stadträten ein gutes Ergebnis zu finden. Die anderen Gemeinden haben auch große Probleme.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Raimund Lebenbauer für die umfangreiche Arbeit und der Finanzabteilung für die Unterstützung recht herzlich bedanken.

StV. Philipp Schuler: Nach 10 Jahren FPÖ Regierung ist Hohenems nun pleite. In der Politik mahlen die Mühlen langsam. Vor 10 Jahren hat die FPÖ den Hornbach Kreisverkehr kritisiert und es ist immer noch nichts geschehen. Alles braucht eben seine Zeit.

Beim 2025er Budget ist ersichtlich, dass uns das Geld ausgeht. Wir bewegen uns laut dem Bürgermeister in guter Gesellschaft. Die Ertragsanteile vom Bund sind dramatisch zurück gegangen. Wir leben aktuell nicht in rosigen Zeiten. In den vergangenen wirtschaftlichen guten Jahren haben wir es nicht geschafft, Reserven zu schaffen. Der MFP sieht sehr schlecht aus. In Summe sollen Grundstücke für 20 Mio. Euro verkauft werden. Was passiert nach den Grundstücksverkäufen? Wir haben sehr viele Jahre auf zu großem Fuß gelebt. Über den Voranschlag wird immer gesagt, dass die Bürger es nicht interessiert. Die Nachhaltigkeit ist wichtig. Die grundsolide Stadtkassa von Richard Amann wurde in den letzten Jahren regelrecht geplündert. Interne Rücklagen wurden fast vollständig abgeräumt. Auch diese sind wie ein Kredit zurückzuzahlen. Von 2016 auf 2025 haben wir unsere Schulden praktisch verdoppelt. Ein tolles Vermächtnis. Diesem Budget und dem Finanzplan können wir nicht zustimmen. Die Ausgabenseite ist jetzt genau anzuschauen.

Ich stelle eine **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG: Warum soll die Stadt die Kosten in Höhe von € 20.000 tragen, für den Straßenrückbau beim Alten Rathaus in der Sägerstraße bezahlen, wenn dies im Privateigentum ist?

Bürgermeister: Das Grundstück gehört uns.

StV. Philipp Schuler: Ich stelle den **Antrag** auf eine **namentliche** Abstimmung.

StR. Bernhard Amann: Meine Budgetrede ist ein Rückblick und eine Vorschau.

Gesundheitsthema: Es ist ein problematischer Bereich. Das Mohi kann derzeit nicht alles erfüllen. Pflegende Angehörige können auch nicht alles abfangen. Wichtig wäre auch, dass die Angehörigen abgesichert sind. Der Nachholbedarf ist groß. Das Case- und Caremanagement Hohenems hat sich gut entwickelt.

Sozialer Wohnbau: Bis 2026 sollen 70 Wohnungen neu gebaut werden. Es ist ein guter Schnitt gegenüber den anderen Gemeinden. 228 aktive Wohnungsanträge bestehen derzeit. Das muss man vorsichtig behandeln. 609 inaktive Wohnungsanträge bestehen. Jeder muss jährlich dies neu beantragen. Allein heuer gab es 205 neue Wohnungsanträge. Die gesellschaftliche Entwicklung ist auch schuld daran. Die Gehälter gehen zurück. Die Notwohnungen der Stadt sind für Katastrophenfälle reserviert. Diese dürfen nicht vermietet werden.

Im Sozialamt hat sich einiges getan. Eine Leitung wurde von den Angestellten gewünscht. Viele Verwaltungsaufgaben sollen von der Leitung übernommen werden.

Im Bereich Integration/Inklusion haben wir in den letzten 5 Jahren viel Personalwechsel gehabt. Es gibt einige Projekte gegen Einsamkeit usw.

Öffentlichkeitsarbeit: Das Budget im Jahre 2025 steigt auf 234.000 Euro und die sonstigen Entgelte auf 36.900 Euro. **Raimund Lebenbauer:** In diesem Betrag sind die Sozialmediaanteile, Homepage, Foto, usw. enthalten.

Ehrenamt: Personalkostenreduktion von 77.000 auf 33.000 reduziert.

Bürgermeister: Michael Derka ist für Sport und Ehrenamt zuständig

In der Stadtplanung und Bauamt gibt es jeweils einen eigenen Gruppenleiter.

Gemeinschaftspflege: Hier gibt es große Schwankungen. Es wurden nun die effektiven Kosten budgetiert.

Personalvertretung: Von 54.000 auf 0, weil jetzt Michael Lingg der Obmann ist und früher Mario Lechner 50 % freigestellt war.

Kulturamt: Plus 36.000 – wir haben eine neue Archivarin

Literaturhaus: viel zu hohe Kosten – Eröffnungsjahr 30.000

Die Inflation hat etwa 24 % ausgemacht. Die Entlastung der Vereine ist sehr wichtig. Die Leute engagieren sich ehrenamtlich. Wertschätzung wäre nicht nur ein Foto, sondern dass es mehr Geld gibt.

Ich stelle einen **Antrag** für eine Erhöhung für Jugend, Kultur und Sportvereine: 221.000 Gesamtbudget, 403.000 Kulturbudget, 14.200 Jugendvereine – das sind ca. 25.572 Euro. Diese Vereine sollen um 4 % erhöht werden.

Bürgermeister: Wir haben einen guten Kontakt zu den Vereinen. Mir ist kein Verein bekannt, dem es schlecht geht. Viele Vereine haben gute Coronahilfen bekommen. Mir sind keine Probleme bekannt. Subventionen gibt es für die OJAH 411.000 Euro usw. Im Sportbereich sind wir bei 221.000 Euro. Alles wurde sukzessive angepasst. Die Vereine können sich bei uns wirklich nicht beklagen.

StR. Bernhard Amann: Der Antrag steht.

StV. Dieter Mathis: Bernhard, ich nehme an, dass du den Prüfbericht nicht gelesen hast.

StV. Günter Zechner: Das Budget für das Jahr 2025 liegt vor uns. Es wirft sehr viele Fragen auf. Die Finanzen der Stadt werfen große Sorgen auf. 10,5 Mio. ist ein großer Defizitbetrag. Unser Schuldenstand wird weiter ansteigen. Irgendwann haben wir keine Grundstückflächen mehr. Es darf nicht sein, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Der Voranschlag enthält gute Ansätze aber auch Schwächen. Wir müssen vorsichtiger mit dem Geld umgehen. Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz - wir müssen auf diese Aufgaben setzen. Trotz unserer Ablehnung bedanken wir uns beim Stadtkämmerer und seinen MitarbeiterInnen.

StV. Arnulf Häfele: Es ist in diesem Jahr viel schwieriger ein Budget zu erstellen. Umso schwieriger ist es, wenn man Projekte verwirklicht, wie das neue Rathausquartier. Es werden über 14 Mio. Euro für das neue Rathaus aufgewendet. Andere Anliegen kommen zu kurz. Im Herrenried wäre dringend ein Zubau oder Neubau der Mittelschule notwendig. Rathausbau statt Schulbau ist die Devise. Hohenems leidet an dieser falschen Entscheidung. Es wird keine besondere Belebung mit dem neuen Rathausquartier geben. Es ist meine Pflicht auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen. Die Tiefgarage beim Rathaus ist sehr bedenklich. Die Stadt verpflichtet sich, die Parkplätze der Schlossbergstraße zu reduzieren, damit die Tiefgarage ausgelastet wird. Wir sind unterschiedlicher Meinung. Deshalb kann ich dem Budget nicht zustimmen.

StV. Sabine Mohr-Egger: Der Voranschlag 2025 ist kein Grund zum Jubeln, weil wir ein Defizit mit 1,6 Mio. im Jahr 2025 einfahren werden. Der Verlust liegt aber nicht daran, dass die Stadt das Geld leichtfertig ausgibt. Die Einnahmen haben sich nicht erhöht, aber die Ausgaben steigen immer stärker. Die finanzielle Problematik liegt vielmehr darin, dass die Aufgaben der Stadt ständig steigen und dies insbesondere im Bereich der Bildung, Elementarpädagogik, Gesundheit und Soziales. Nicht entsprechend erhöht haben sich aber die Einnahmen. Darauf hat die Stadt kaum Einfluss. Das liegt in den Händen des Bundes, des Landes und beim Finanzausgleich.

Die Personalkosten sind ganz stark gestiegen, weil die Aufgaben immer größer und komplexer werden. Wir brauchen gute Leute. Wir haben ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche Erneuerbare Energie / Klima / Umwelt, sanfte Mobilität sowie Bildung und Frauen gelegt. Der Weg in eine nachhaltige Stadtentwicklung wird nicht verlassen. Dafür sorgt auch der mit Jahresbeginn eingestellte neue Mitarbeiter, der sich nun um die Themen Entwicklung einer Klimaanpassungs- und Dekarbonisierungsstrategie kümmert. Erfreulich ist aus Sicht des Natur- und Artenschutzes auch das LEK-Ried. Wir hoffen und drängen darauf, dass es in der Praxis auch Anwendung findet. Die Freihalteflächen für die künftige Generationen sollen freigehalten werden. Wir brauchen Energieunabhängigkeit, Artenvielfalt, sorgsame Nutzung des Ökosystems.

Bildung: Der Fokus wurde auf den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen gelegt. Um jedoch auch in Zukunft den steigenden Zahlen von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und dementsprechend kleineren Gruppen im Kindergarten gerecht zu werden, muss nach dem Kindergarten Hellbrunn und dem Hof-Kindergarten wieder der Ausbau der Kindergärten angegangen werden.

Schulbereich: Die letzten Jahre wurde intensiv in die Volksschulen investiert, aber auch an den Mittelschulen wachsen die Herausforderungen. Große Klassen sind kaum mehr unterrichtbar, dementsprechend mehr Klassen entstehen an den Mittelschulen und hier fehlt der Raum. Es braucht mehr Klassenräume, mehr flexible Räumlichkeiten für einen modernen Unterricht, einen Platz für die Kinder mit Beeinträchtigung im Alter von 10 – 16 Jahren, mehr Bewegungsraum – und eine ordentliche Infrastruktur für das ganztägige Angebot, sei es Mittags- als auch Nachmittags- oder Freizeitbetreuung.

Gesichert ist auch weiterhin die Unterstützung der Schulen für die Schulsozialarbeit. Hier wurde durch das Land Vorarlberg eine Aufstockung der Stunden angegangen, die Stadt unterstützt dies noch zusätzlich.

Frauen und Gleichstellung: Diese Bereiche sind auch stetig gewachsen. Die Mittel stehen zur Verfügung. Das Projekt STOP wird weitergeführt.

Sanfte Mobilität würden wir uns immer mehr wünschen. Ein weiterer Ausbau des ÖPNV, Ausbau von Fahrradstraßen, Landbus wird 1,3 Mio. ausgegeben. Für den Ausbau der Fahrradstraßen sind 138.000 Euro vorgesehen. Ab 2025 gibt es zwei Maximotickets zum Ausleihen für die Hohenemser Bevölkerung. Aus all diesen genannten Grünen können wir dem Voranschlag mehrheitlich zustimmen.

Im Budget sind Einnahmen aus Immobilienverkäufen von rund EUR 1,75 Mio enthalten, wovon der Großteil den Verkauf des Grundstücks Rosenthal Nord mit knapp 1,4 Mio ausmacht. Dazu wurde erst im Juli 2024 ein zweijähriger Optionsvertrags abgeschlossen. Daher ist es noch ungewiss, ob es überhaupt zum Verkauf kommt und damit ein Geld hereinkommt. Das würde bedeuten, dass das Defizit noch höher ausfallen wird.

Wir möchten, dass Erlöse aus Grundverkäufen nur für den Erwerb von Grund und Boden bzw. Infrastrukturprojekten, mit denen der Erwerb von Grund und Boden einhergeht, verwendet werden dürfen und nicht für den laufenden Betrieb. Der Mittelfristige Finanzplan, ist ein Bild von der weiter geplanten Entwicklung der städtischen Finanzen. Darin sind massive Grundverkäufe, von jeweils rund EUR 10 Mio in den Jahren 2026 und 2027, enthalten. Es sind Infrastrukturprojekte geplant, wie zB Erweiterung von Kindergärten und Schulen, jedoch keinen Grunderwerb mit sich bringen. Das ist kein nachhaltiges Finanzierungskonzept. Irgendwann hat die Stadt keine Grundstücke mehr zu verkaufen. Soweit dürfen wir es aber nicht kommen lassen.

StV. Gabriele Bächle: Die letzten Budgets kann man als ambitioniert bezeichnen, denn es wurden wichtige, zukunftsfähige Entscheidungen getroffen. Die Stadtvertretung beschloss ein energieeffizientes Rathaus, Dekarbonisierung der städtischen Gebäude, Umstieg auf Solarenergie zur Stromerzeugung und die Umrüstung der Heizsysteme.

Kosten für die Sanfte Mobilität werden auf fast 1,7 Mio beziffert, davon entfallen fast 1,3 Mio. auf den Beitrag für den ÖPNV. In diesem Bereich wurden in den letzten Jahren die richtigen Weichen gestellt. Auch im Bereich Radverkehr muss in die Infrastruktur investiert werden. Im Budget 2025 sind für die Radinfrastruktur 267.000.- vorgesehen. Wenn Hohenems sich als „Radfreundliche Stadt“ bezeichnen will, muss aber jährlich ein größerer Betrag zur Verfügung gestellt werden. Es sollten mind. 25 Euro pro EinwohnerIn und Jahr sein. In den letzten 5 Jahren wurde zwar der Radweg Klienstraße, Weidenweg und an der B 190 Richtung Dornbirn verbessert. Beim Bau, Grunderwerb und für die Planung eines Radweges werden 70 % der Kosten ersetzt.

In allen Bereichen wie Industrie, Gebäude und Landwirtschaft sind die THG-Emissionen in Österreich in den letzten Jahren gesunken. Im Bereich der Gebäude sogar um 20 %. Im Verkehr sind die Emissionen in Vorarlberg gegenüber dem Vorjahr zwar gesunken, jene aus Diesel um 6,6 % und die Emissionen aus Benzin sind aber um 5,3 % gestiegen. In Vorarlberg beträgt der Anteil des Verkehrs an den klimaschädlichen CO₂-Emissionen sogar mehr als 40 %.

Um den Klimawandel, der immer häufiger Wetterextreme wie Starkregen und Hitze zur Folge hat, zu stoppen und die Klimakrise zu entschärfen, muss sowohl jede und jeder persönlich, als auch die politisch Verantwortlichen Verantwortung übernehmen.

Dazu gehört, dass es in der Verwaltung eine zuständige Person gibt, die mit einer 25% Stelle und finanziellen Ressourcen, wie es die Auditierung vorgibt ausgestattet wird, und dass sich der Stadtrat, der für die Verkehrsplanung in Hohenems verantwortlich ist, mit Vehemenz für die fortlaufende Verbesserung der Radinfrastruktur einsetzt und sich dies auch im Budget widerspiegelt.

Da ich im Bereich der sogenannten „Sanften Mobilität“, mit Ausnahme der Unterstützung des ÖPNV viel zu wenig Ambitionen für das nächste Jahr sehe, stimme ich dem Budget 2025 der Stadt Hohenems nicht zu.

Bürgermeister: Wir haben die Planungskosten für die hintere Radetzkystraße im Budget. Wir hatten lange Verhandlungen mit der ÖBB. So ein Projekt braucht einen gewissen Vorlauf. Es sind noch mehr

Grundablösen nötig. Wir brauchen die Detailplanung und dann kann 2026 gebaut werden. Auch wenn wir 1 Mio. budgetieren geht im Jahr 2025 nichts. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel investiert. Es ist sehr viel passiert. 2025 lässt sich jetzt einfach nichts machen. Ein Radweg im Witzke ist auch nicht leicht zu machen.

Bürgermeister: Die ÖVP ist schon im Wahlkampfmodus. Zum Thema Finanzen zu sagen, dass die Stadt Hohenems pleite ist, ist unseriös. Die Rücklagen sind 3,3 Mio. genau wie vor 10 Jahren. Es gab viele Investitionen in den letzten 10 Jahren. Der größte Bereich war in der Bildung: VS Herrenried, VS Schwefel, Kiga Hellbrunnenstraße. Innenstadtgestaltung haben wir selbst gestemmt. Die Straßen waren in einem sehr schlechten Zustand.

Grundstücksverkäufe: In den letzten 10 Jahren haben wir mehr Grundstücke erworben als verkauft. Die 60.000 m² Im Sand war der beste Grundstückskauf. In der Radetzkystraße und Salomon Sulzer Straße entsteht sozialer Wohnbau, usw. Die Bilanz unter meiner Ära fällt äußerst positiv aus. Wenn die ÖVP die Grundstücksverkäufe bemängelt, möchte ich an die Emsbachverbauung erinnern, wo ein Ausverkauf von Grundstücken mitten in der Stadt erfolgte. Dort hat man viel Geld in den Sand gesetzt.

Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam viel erreicht. Wir sind ein Vorzeigebispiel in ganz Europa. Am Ende des Tages ist es egal, wir haben das gemeinsam geschafft. Die Mitarbeiter der Stadtplanung haben einen hervorragenden Job gemacht. Ich bitte schon, dass dies im Wahlkampf nicht kleingeredet wird. Die Konzentration auf den inneren Bereich war wichtig. Das ist der Unterschied zwischen Planung und Umsetzung. Was wir innerhalb von 10 Jahren erreicht haben, lässt sich sehen. Das ist unser aller Verdienst. Ich bitte Sie sehr, auch im Wahlkampf bei den Fakten zu bleiben.

Ein Wort zu Arnulf Häfele: Die neue Entwicklung in den Kindergärten und Schulen macht mir große Sorgen. In der Elementarpädagogik ist der Bedarf an besonderer Betreuung noch stärker gestiegen. Wir haben mittlerweile so viele Kinder mit Förderbedarf, dass es uns die ganze Planung zusammenhaut. Die Entwicklung geht in der Volksschule und Mittelschule weiter. Zusätzliche Schulerweiterung fürs Herrenried. 15 % mehr Schüler als Kinder eigentlich einschulen. Ein Teil der Kinder kommt nicht so schnell aus der Schule. Es ist ein sinkender Bildungsstatus. Es ist doch eine Illusion, dass so eine Schule in einem Jahr aus dem Boden gestampft wird. Es muss eine Machbarkeitsstudie, Architekturwettbewerb, Ausschreibung, usw. gemacht werden.

Miller Aichholz Gründe: Sie behaupten immer, dass Dieter Egger das Grundstück zur Geldbeschaffung verkaufen will. Es ist richtig, dort Wohnbau zu machen. Wir müssen uns Anfang Jahr nochmals die Zeit nehmen, ob neue Modelle möglich sind, anstatt sozialer Wohnbau. Was wir nicht tun sollen, generell alles in Frage zu stellen. Ob das Grundstück oder Baurecht vergeben oder verkauft werden soll, kann man diskutieren. Ich bitte wirklich die Dinge zu sehen wie sie sind.

Rosenthal-Nord: Ich kann nicht garantieren, ob der Verkauf im Jahr 2025 klappen wird. Wir sollten im Sinne der Stadtentwicklung darauf schauen. Wir hatten Gespräche mit Hotelbetreibern und Investoren.

Ich bin der Überzeugung, dass wir nicht so schlecht aufgestellt sind. Wir haben 37 Mio. Euro Schulden. Die Stadt Feldkirch nimmt 37 Mio. Euro im nächsten Jahr zusätzlich auf. Wir sind im Vergleich mit anderen ganz gut aufgestellt.

StV. Philipp Schuler: Sich mit der Stadt Feldkirch zu vergleichen finde ich nicht passend. Wir haben auch heute noch genügend Buckelpisten wie Schwefelbadstraße, Kaiserin-Elisabeth-Straße, Hejomaht. Das groß angekündigte „Bauen für junge Familien“ in der Salomon Sulzer Straße war ein Totalversagen. Was sehen wir heute? Ein sozialer Wohnbau von der Alpenländischen. Nach 10 Jahren sich darüber zu beschweren, was die ÖVP angeblich verbochen hat, finde ich ist ein Armutszeugnis.

Zu den Grundstücksverkäufen wurde sehr vollmundig und schön geredet. Es wäre glaube ich sehr spannend für alle Stadtvertreter zu sehen, welche Käufe und Verkäufe da gemacht wurden in den letzten 10 Jahren. Das wäre meine **Anfrage** nach § 38 Abs. 4 GG zum Wohle aller Stadtvertreter.

Bürgermeister: Lassen sie es einfach sein. Wir tilgen jedes Jahr 3 Mio. Euro. Wir haben denselben Schuldenstand wie jetzt. Wir müssen schauen, dass wir unseren Spielraum wieder erhöhen. Da müssen wir wieder hin. Wir werden auch in unserem Bereich den Spielraum zu vergrößern. Herr Schuler, Sie sind dazu eingeladen, konstruktive Vorschläge zu machen.

StV. Arnulf Häfele: An der Art wie der Bürgermeister reagiert, fühlt er sich angegriffen. Herr Bürgermeister mir ist schon klar, dass eine Schule nicht von heute auf morgen gebaut wird.

Bürgermeister: 2026 wird sich für den Schulneubau auch nicht ausgehen.

StV. Arnulf Häfele Beim Rathausquartier wurden die Grundstücke auch einfach weitergegeben. Die Stadt selbst hat vor der Übergabe an die Investoren des Schebesta-Areals eine Machbarkeitsstudie über die Nutzung des Areals in Auftrag gegeben, das eine sehr behutsame Bebauung am Rande des Parks vorgeschlagen hat. Die Stadt hat die Studie auch bezahlt. Dazu stelle ich eine **Anfrage** nach § 38 Abs. 4GG. Wer genau hat die Studie und wann in Auftrag gegeben? Was hat sie gekostet? Wer hat die Studie erstellt? Warum ist die Studie den politisch Verantwortlichen vorenthalten worden?

Bürgermeister: Wir hatten eine Kaufoption von Schebesta in der Hand. Wir haben den Investoren Bedingungen wie eine öffentliche Tiefgarage, die alte Villa muss saniert werden, der Park muss öffentlich bleiben usw., gestellt. Es braucht eine gewerbliche Nutzung und den privaten Wohnbau. Am Eingang der Stadt soll etwas Besonderes entstehen. Hermann Kaufmann, Bernardo Bader usw. sind sehr tolle Architekten die alles geplant haben. Wir haben ein komplettes Rathausquartier erhalten. Die Villa ist wunderschön geworden. Mir war klar, dass wir ein Rathaus brauchen. Warum sollte der Postparkplatz der bessere Platz sein?

StR. Bernhard Amann: Rathaus Neubau – die Gesellschaft hat sich vollkommen verändert. Ich stelle einen **Antrag**, die Förderungen für Sport-, Kultur und Jugendvereine um 4 % zu erhöhen.

StV. Gabriele Bächle: Zum Radwegausbau hintere Radetzkystraße verlese ich ein Email vom Bürgermeister.

StV. Sabine Mohr-Egger: Den Zusatzantrag von Bernhard Amann können wir nicht unterstützen. Wir haben eine Evaluierung beim Prüfungsausschuss abgegeben, dass es gleichmäßig für alle Vereine erhöht wird.

Der **Antrag** von **StR. Bernhard Amann** wird mit 30:1 Stimmen (5 Personen sind bei der Abstimmung nicht anwesend) **abgelehnt**.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Der Voranschlag der Stadt Hohenems für 2025 wird gemäß § 73 Abs. 5 Gemeindegesetz in der diesem Vorlagebericht beigeschlossenen Fassung und ebenfalls beigeschlossenen „Feststellung des Voranschlages 2025“ mit einem

- Ergebnishaushalt: **Nettoergebnis nach Rücklagen von** -1.633.500
- Finanzierungshaushalt: Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung von 188.300

beschlossen.

2. Beschluss der im Anhang benannten Deckungsklassen gem. § 76 Abs. 4 GG.

ÖVP Philipp Schuler, Angelika Benzer, Gerhard Stoppel, Christian Mathis, Dieter Mathis, Helmut Troy, Manfred Hoffmann – **NEIN**;

FPÖ: Dieter Egger, Markus Klien, Milina Kloiber, Dietmar Amann, Erika Kawasser, Dietmar Wehinger, Klaus Kühne, Kurt Aberer, Günter Amann, Johannes Drexel, Günther Messner, Christian Hefel, Johann Großschedl, Robert Schneider, Andreas Sohm, Werner Rampler, Norbert Fenkart – **JA**;

Grüne & Parteifreie: Gabriele Bächle – **NEIN**; Dietmar Fend, Stefan Birkel, Patricia Tschallener, Sabine Mohr-Egger, Maria Benzer – **JA**;

Ems isch üsr: Bernhard Amann, Osman Güvenc, Roswitha Sahler, Birgit Vanheiden – **NEIN**

SPÖ: Günter Zechner - **NEIN**

Steinbruch-Gegner. Arnulf Häfele - **NEIN**

Wird 22:14 Stimmen **angenommen**.

4.2. Voranschlag der Stadt Hohenems Immobilienverwaltungs-GmbH & Co KG 2025 (GIG)

Der **Antrag** lautend auf:

Der Voranschlag 2025 der Stadt Hohenems Immobilienverwaltungs-GmbH & Co KG wird mit Gesamteinnahmen und –ausgaben von je € 1.524.600 beschlossen.

wird mit 36:0 Stimmen **angenommen**.

4.3. Gemeindeabgaben und -tarife 2025

Der Bürgermeister erläutert den Antrag.

Der **Antrag** lautend auf:

1. Beschluss der diesem Vorlagebericht beiliegenden Verordnungen über
 - a. die Festsetzung des Hebesatzes für die Tourismusbeiträge 2025,
 - b. die Höhe der Abgabe der Zweitwohnungsabgabe.
 - c. die Höhe der Abfallgebühren
2. Die restlichen Gemeindeabgaben und –tarife werden gemäß Anhang zum Voranschlag 2025 erhoben.

wird mit 31:4 Stimmen (3 Ems isch üsr; Steinbruch-Gegner; StV. Philipp Schuler ist bei der Abstimmung nicht anwesend) **angenommen**.

5. Teiländerung des Flächenwidmungsplans, Gst-Nr 6961/3, Hochquellenstraße, Schießstand, Veröffentlichung Entwurf

StR. Markus Klien erläutert den Antrag. Im nächsten Jahr soll das konkrete Projekt vorgestellt werden.

StV. Sabine Mohr-Egger: Die Unterlagen waren wieder nicht zeitgerecht vorhanden. Darum werden wir dem Antrag mehrheitlich nicht zustimmen.

StR. Markus Klien: Es ist dringend notwendig, dass wir heute den Antrag beschließen. Ich bitte nochmals um eure Zustimmung.

Bürgermeister: Wir haben die Stellungnahme vom Land nicht vorher bekommen. Es ist eine Kleinigkeit und es ist nicht unsere Schuld.

Der **Antrag** lautend auf:

Die Stadtvertretung der Stadt Hohenems beschließt den Entwurf zur Teiländerung des Flächenwidmungsplanes für Liegenschaft Gst-Nr 6961/3, KG Hohenems, gemäß der beiliegenden Verordnung samt Anlage (Plan-Zl h031.2-7/2024 vom 25.09.2024) und Veröffentlichung gemäß § 23 iVm § 21 Raumplanungsgesetz.

wird mit 30:3 Stimmen (Benzer Maria, Gabriele Bächle, Sabine Mohr-Egger; 3 Personen sind bei der Abstimmung nicht anwesend) **angenommen**.

6. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 7649, 7650, 7651, 7693/1, Grüner Platz-Weg - Beschluss der Änderung

Wird am Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

7. Teiländerung des Flächenwidmungsplanes, Gst-Nr 8361, Obere Sackstraße - Beschluss der Änderung

Wird am Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

8. Parkabgabeverordnung: Änderung (2. Novelle)

Bürgermeister: Der südliche Teil vom Schlossbergparkplatz soll aus der Verordnung herausgenommen werden. Darauf sollen die Mitarbeiterparkplätze entstehen. Es sollen im derzeitigen Ausmaß Parkplätze für die Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Es werden 50 Parkplätze sein. Die Umwandlung der Parkplätze wird nicht vor der Eröffnung der Tiefgarage umgesetzt.

StR. Angelika Benzer: Es ist bemerkenswert wie flexibel wir damit umgehen sollen. Die oberirdischen Parkplätze zur Verfügung stellen, ist sehr fraglich. Aus den Unterlagen geht die Anzahl nicht hervor. Wie viele Parkplätze sind es wirklich. Es sollen 32 Parkplätze sein. Was ist mit den Parkplätzen beim Postplatz und beim bisherigen Rathaus? Sind überhaupt so viele Parkplätze notwendig? Wir sind damit nicht einverstanden. Ich würde den Vorlagebericht zur weiteren Bearbeitung in den Ausschuss vertagen und stelle einen Vertagungsantrag.

Der **Vertagungsantrag** wird mit 23:13 Stimmen **abgelehnt**.

StV. Stefan Birkel: Die Tiefgarage Rathausquartier und der Kooperationsvertrag wurden mehrheitlich beschlossen. Heute sollen wir wieder über einen Vorlagebericht in diesem Zusammenhang abstimmen. Der Bürgermeister hatte in den letzten Monaten genug Zeit, um mit den Fraktionen zu sprechen. Auffällig ist, dass der Schlossbergparkplatz für 50 Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden soll. Auch andere Personen haben Probleme beim Parken in der Marktstraße. Das sollte auch in der Novelle enthalten sein. Jetzt brennt wieder mal der Hut. Laut dem Kooperationsvertrag sollen 70 öffentliche Parkplätze aufgelöst werden. Wo befinden sich diese? Eigentlich sollte man dem Vertrag nicht zustimmen. Ich stelle den nachstehenden **Ergänzungsantrag:**

„Festgehalten wird, dass für die Mitarbeiter des neuen Rathauses keine zusätzlichen Stellplätze für PKW`s errichtet bzw. zur Verfügung gestellt werden. Für jeden Mitarbeiterparkplatz, der am Schlossbergparkplatz zur Verfügung gestellt wird, wird gleichzeitig ein bestehender Rathaus-Mitarbeiterparkplatz aufgelöst“.

Bürgermeister: Es wurde auch über Tiefgaragenparkplätze für Mitarbeiter diskutiert. Natürlich müssen Parkplätze oberirdisch reduziert werden. Der Beschluss von heute ist nur die Novelle der Parkplatzverordnung. Es geht nur um die Herausnahme aus der Bewirtschaftung. Wir haben nur vor, dass die Anzahl der Parkplätze von 32 vom derzeitigen Rathaus herausgenommen wird. Wir haben in die sanfte Mobilität investiert. Wir bauen Fahrradabstellplätze, Duschen und Umkleiden, Bushaltestelle, usw. Der Postparkplatz wird nicht aufgelassen. Dort parken LehrerInnen der VS Markt und der Kindergarten Markt.

StV. Arnulf Häfele: Stefan Birkel, dir ist nicht mehr zu helfen. Die Geschäfte werden in größte Not gebracht. Es ist dringend notwendig diesen Parkplatz für alle zu behalten. Wo ist genau der südliche Teil?

Bürgermeister: Das ist der Teil in Richtung Friedhof.

StV. Arnulf Häfele: 50 Parkplätze bleiben für das öffentliche Parken frei?

Bürgermeister: Der Parkplatz hat viele freie Plätze. Die WIGE ist damit einverstanden. Wir nehmen nur zwei Reihen aus der Parkverordnung raus. Verkehrskonzepte der Städte sehen vor, parkende Autos aus dem oberirdischen Bereich rauszunehmen. Wir wollen den Verkehr in die Tiefgarage führen. Das ist das Konzept jeder Stadt.

StV. Arnulf Häfele: Wie hängt diese Verordnung mit dem Kooperationsvertrag zusammen? Reduktion von 70 Parkplätzen.

Bürgermeister: Wir haben nicht genau definiert, wo die Parkplätze reduziert werden sollen.

Arnulf Häfele: Dieses Parkverbot an der Schlossbergstraße und die Beschränkung in der Tiefgarage hat keinen Zusammenhang?

Bürgermeister: Natürlich hat es einen Zusammenhang. Wir haben einen Vertrag, dass wir 70 oberirdische Parkplätze reduzieren müssen. Für den 2. Schritt haben wir etwas mehr Zeit.

StV. Angelika Benzer: Sind es nun 32 oder 50 Parkplätze? Gelten diese auch schon für die 70 Parkplätze.

Bürgermeister: Es sind 50 Parkplätze auf dem Schlossbergparkplatz und diese sind ein Bestandteil der 70 Parkplätze.

Der Antrag mit dem Zusatzantrag von Stefan Birkel lautend auf:

Beschluss (gem § 50 Abs 1 lit c GG iVm § 1 Parkabgabegesetz) der im Entwurf 1.0 vom 03.12.2024 beiliegenden Verordnung über die Abgabepflicht für das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Verkehrsflächen (Parkabgabeverordnung).

„Festgehalten wird, dass für die Mitarbeiter des neuen Rathauses keine zusätzlichen Stellplätze für PKW`s errichtet bzw. zur Verfügung gestellt werden. Für jeden Mitarbeiterparkplatz, der am Schlossbergparkplatz zur Verfügung gestellt wird, wird gleichzeitig ein bestehender Rathaus-Mitarbeiterparkplatz aufgelöst“.

wird mit 25:11 Stimmen **angenommen**.

9. Novelle Spielplatzverordnung

Bürgermeister: In dieser Novelle der Spielplatzverordnung werden die Betriebszeiten definiert.

StR. Bernhard Amann: Ich verstehe die Welt nicht mehr. Ständig diese ganzen Verbote. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Bürgermeister: Ich bin grundsätzlich bei dir. Dort wo Kinder spielen, will ist weder Alkohol noch Drogen noch Zigaretten. Der Schutz der Kinder ist wichtig.

StR. Bernhard Amann: Das ist für mich auch klar. Überall gibt es Verbote und Gesetze. Ich bin der Meinung, dass die Mündigkeit der Bürger im Vordergrund stehen muss.

Bürgermeister: Es braucht einen Dialog. Die OJAH ist dran. Die Verordnung muss sein, damit die Polizei eine Handhabe hat.

StV. Maria Benzer: Als Kindergartenpädagogin stehe ich da und kann sagen, dass ich der Novelle zustimmen werde. Ich hoffe sehr, dass wir Familien und Jugendlichen den Platz nicht wegnehmen.

Bürgermeister: Wir haben das hineingeschrieben, weil bestimmte jugendliche Gruppen Spielplätze für sich vereinnahmen, dann geht das nicht. Wir brauchen eine Handhabe.

StV. Angelika Benzer: Novelle ja- es ist wichtig, dass wir einen geschützten Raum für die Kinder haben. Wir müssen jedoch Alternativen schaffen. Ich möchte den Generationenplatz ansprechen. Mein Appell an alle ist, dass wir solche Plätze schaffen.

Der **Antrag** lautend auf:

Beschluss (gem §§ 50 Abs 1 lit a Z 9 iVm 18 Abs 1 GG) der im Entwurf 1.1 vom 09.12.2024 beiliegenden ortspolizeilichen Verordnung über das Verhalten auf öffentlichen Spielplätzen.

wird mit 32:4 Stimmen (Günter Zechner, Bernhard Amann, Birgit Vanheiden, Arnulf Häfele) **angenommen**.

10. Sondergebrauchsvertrag mit dem Land Vorarlberg zur Unterbauung (Verbindungstunnel) der L190 an der Kreuzung Radetzkystraße/Diepoldsauer Straße - Zuständigkeit Stadtvertretung

Bürgermeister: Wir müssen diesen Standardvertrag des Landes beschließen.

Der **Antrag** lautend auf:

Abschluss des beiliegenden Sondergebrauchsvertrages, Zl VIIb-290A-4036 (Stand 05.11.2024) mit dem Land Vorarlberg.

wird mit 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) **angenommen**.

11. Bericht des Bundesrechnungshofes: Brückenerhaltung in Vorarlberg, Follow-up-Überprüfung

Bürgermeister: Der Bericht des Rechnungshofes ist der Stadtvertretung zur Kenntnis zu bringen. Zwei Punkte wurden umgesetzt.

StV. Philipp Schuler: Wir haben bereits in der Stadtvertretung im Februar 2022 festgestellt, dass es gravierende Mängel bei den Brücken gibt. Daraufhin wurden einzelne Brücken geprüft.

Geprüft wurden damals ja das Land Vorarlberg sowie die Städte Feldkirch und Hohenems. Der Rechnungshof stellt fest, dass Hohenems bei 6 von 53 Brücken fast 3 Jahre später immer noch keine Kontrolle oder Prüfung gemacht hat. Hohenems erfüllt damit nicht die Pflichten als Straßenerhalters und die Brückenerhaltung.

Anfrage gemäß §38 Abs. 4: In welchem Jahr und Quartal werden die fehlenden Überprüfungen stattfinden?

Ebenso hat der Rechnungshof geprüft, wie die Stadt Hohenems die gemäß RVS vorgesehenen Schritte zur bautechnischen Überwachung von Straßenbrücken umsetzen und festgestellt, dass es bei Einträgen in das digitale Infrastruktur-Managementsystem für die laufende Überwachung (67 Einträge) und für die letzte abgeschlossene Prüfung (2 Einträge) sowie das Datum für zukünftig geplante Prüfungen (12 Einträge) fehlerhaft sind. Das sind 81 fehlerhafte Einträge bei 53 Brücken.

Die Stadt Hohenems arbeitete weiterhin mit unterschiedlichen Kenndaten und konnte dem Rechnungshof erst nach Korrekturen die Anzahl, das Baujahr und die Abmessungen ihrer Brücken vorlegen. Dennoch fehlten bei elf Brücken das Baujahr und bei fünf Brücken die Abmessungen der Bauwerke. In Hohenems handle es sich um interne Eingabefehler bzw. seien keine Werte vorhanden.

Anfrage gemäß §38 Abs. 4: Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um solche Fehler zukünftig zu vermeiden? In welchem Jahr und Quartal wird die vollständige Erfassung von Kenndaten zu Brücken abgeschlossen sein?

Im Bericht entnimmt man die Information, dass Hohenems im Vergleich zu 2020 statt 41 nun 53 Brücken zu verwalten hat.

Anfrage gemäß §38 Abs. 4: Um welche Brücken handelt es sich?

Da der Rechnungshofsbericht nur zur Kenntnisnahme der Stadtvertretung vorgelegt wird, können wir den vorliegenden TO weder befürworten noch ablehnen. Was wir aber tun können, ist zu mit aller Deutlichkeit zu fordern,

1. dass die FPÖ Stadtregierung aufhört, leichtfertig mit Bauwerkssicherheit der Brücken in Hohenems Verantwortung umzugehen
2. bestehende Vorschriften zu beachten
3. fehlende Rechnungshofempfehlungen mit höchster Dringlichkeit umsetzt

Bürgermeister: Die Kritikpunkte gehen an das Land Vorarlberg. Das Land sollte eine Fachabteilung für Brücken einrichten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12. Bericht des Prüfungsausschusses zur Prüfung der Vereinsförderung der Stadt Hohenems

StV. Dieter Mathis: Als Obmann des Prüfungsausschusses möchte ich einige Punkte zum Prüfbericht thematisieren. Zuallererst möchte ich mich hier im Namen des Prüfungsausschusses bei der Vorbereitung und Unterstützung bei den beteiligten städtischen Bediensteten, jedoch im Besonderen beim Sportreferenten Michael Derka und Gabriela Gretler bedanken.

Diese Projektprüfung wurde in 4 Sitzungen behandelt und bei der 30. Sitzung des Prüfungsausschusses am 12.11.2024 einstimmig zur Vorlage an die Stadtvertretung empfohlen.

Im Rahmen der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2023 hat sich der Prüfungsausschuss eine Übersicht zur Vereinsförderung der Stadt Hohenems erstellen lassen und aufgrund des Umfangs in eine eigene Prüfung ausgelagert. Die Details der Prüfung sind im Prüfbericht ersichtlich.

Abschließend keine Empfehlung des Ausschusses, sondern eine Anregung von mir.

Ich habe in den letzten Wochen immer wieder festgestellt, dass es speziell bei kleineren Vereinen so etwas wie Schwellenängste im Kontakt mit dem Amt gibt, u.a. auch zum Thema Förderungen. Wir haben ein Bürgerservice, wie wäre es mit einem „Vereinservice“ als zentrale Anlaufstelle für Vereine die Anlagen koordiniert und weiterreicht. Wir haben ein breit gefächertes Vereinsleben, auf das wir stolz sein können. Dieses breite Vereinsleben müssen wir fördern und unterstützen.

Bürgermeister: Wir nehmen die Anregungen gerne auf.

StR. Markus Klien: Lieber Dieter ich möchte mich bei dir und dem Prüfungsausschuss bedanken. Ich spreche für den Sportbereich. Ich kann mir gut vorstellen, so eine Stelle zu installieren.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Bericht des Prüfungsausschusses zu den Projekten Neubau KIBE Rheinhof und Neubau Rückzugsraum KIGA Wald

StV. Dieter Mathis: Als Obmann des Prüfungsausschusses möchte ich einige Punkte zum Prüfbericht zum zu den Projekten „Neubau KIBE Rheinhof“ und „Neubau „Rückzugsraum KIGA Wald“ thematisieren.

Zuallererst möchte ich mich hier im Namen des Prüfungsausschusses bei der Vorbereitung und Unterstützung bei den beteiligten städtischen Bediensteten, jedoch im Besonderen bei der hervorragenden Vorarbeit von Reinhard Peter und der Finanzabteilung – im speziellen bei Gabriela Gretler – bedanken.

Diese Projektprüfung wurde in 2 Sitzungen behandelt und bei der 30. Sitzung des Prüfungsausschusses am 12.11.2024 einstimmig zur Vorlage an die Stadtvertretung empfohlen.

Beim KIBE Rheinhof konnte eine Förderquote von ca. 76 % lukriert werden. Hier ist im Besonderen unseren Stadtkämmerer Raimund Lebenbauer der Dank auszusprechen!

Die Details der Prüfung sind im Prüfbericht ersichtlich.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

14. Beantwortung von Anfragen gemäß § 38 Abs. 4 Gemeindegesetz

Die Anfragen wurden beantwortet.

15. Genehmigung der Niederschrift über die 33. Sitzung der Stadtvertretung

Die Niederschrift wird mit 35:1 Stimmen (StV. Arnulf Häfele) angenommen.

16. Allfälliges

StV. Dieter Mathis: Anfragen nach § 38 Abs. 4 GG:

In der laufenden Periode wurden vom Prüfungsausschuss neben den Prüfberichten zu den Rechnungsabschlüssen 2020 bis 2023 in Summe 8 weitere Prüfungen mit eigenständigen Prüfberichten erstellt. Zum einen möchte ich mich hier als Obmann bei den Mitgliedern des Ausschusses sehr herzlich für die konstruktive und sehr gute Zusammenarbeit bedanken, zum anderen würde mich der Umsetzungsstand der Empfehlungen des Ausschusses interessieren. Wenn ich richtig gezählt habe, müssten es 40 Empfehlungen sein.

Im Zauberwald hat ein gastronomischer Betrieb Einzug gehalten, da würde mich interessieren.

Was waren die Kriterien der Vergabe des gastronomischen Betriebs beim Zauberwald?

Welche laufenden Kosten entstehen der Stadt durch den Zauberwald zB durch Entsorgung, Reinigung, etc.?

Zum Thema Beschäftigungsrahmenplan habe ich eine Anfrage an die Bezirkshauptmannschaft Dornbirn gestellt. Die anderen Gemeinden behandeln den BRP immer in der öffentlichen Sitzung. Die Bezirkshauptmannschaft teilt meine Ansicht, dass der BRP in der öffentlichen Sitzung behandelt werden kann. Es gibt keine Anhaltspunkte, die auf Personen zurückschließen. Der BRP ist somit in einer öffentlichen Sitzung zu behandeln. Wenn es die Kommunen in unserem Umfeld schaffen, ist das sicher auch für uns möglich.

Bürgermeister: Wir sind schon sehr verwundert über die Aussage der Bezirkshauptmannschaft.

Dr. Markus Kranz: Vor 2 bis 3 Jahren haben wir uns mit der Bezirkshauptmannschaft wegen Personalangelegenheiten ausgetauscht. Dies waren Fragen wegen dienstlicher Natur. Die Bezirkshauptmannschaft Dornbirn hat uns damals mitgeteilt, dass es sich um ein Dienstrecht handelt und sohin in die nichtöffentliche Sitzung gehört. Ich habe keine Probleme damit, dass wir es öffentlich behandeln.

StV. Dieter Mathis: Die Personalabteilung und Gebarungskontrolle waren bei der Beratschlagung mit dabei. Ich habe um eine Klarstellung gebeten.

Bürgermeister: Wir nehmen es zur Kenntnis.

StV. Günter Zechner: Ich stelle nachstehende **Anfragen** nach § 38 Abs. 4 GG:

Im Zusammenhang mit der Kampagne zur **Mitmachbarkeit** stelle ich im Namen der SPÖ Hohenems die Anfrage an Vizebgm. Patricia Tschallener:

1. Wie wurde die Kampagne zur Mitmachbarkeit beworben, um möglichst viele Jugendliche und Schüler:innen zu erreichen?
2. Gibt es regelmäßige Updates für die gesamte Bevölkerung von Hohenems, um die Transparenz zu fördern?
3. Welche Kommunikationskanäle werden genutzt, um Jugendliche über Fortschritte und neue Projekte zu informieren?
4. Welche Rückmeldungen wurden bisher von den beteiligten Jugendlichen und Schüler:innen gesammelt?
5. Nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder der Jury ausgesucht?
6. Welche Kriterien hat die Jury zur Bewertung der Projekte verwendet?
7. Wie werden weitere Wünsche und Ideen, die in der ersten Runde nicht berücksichtigt wurden, in zukünftige Planungen integriert?
8. Wie hoch waren die Ausgaben im Jahr 2024 für die Mitmachbarkeit und welche Projekte wurden bereits umgesetzt?
9. Wie wird der Erfolg der umgesetzten Projekte gemessen und dokumentiert?
10. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um möglichst viele Jugendliche im Alter von 16 - 17 Jahren, die nicht in Hohenems zur Schule gehen, zur Mitarbeit in den Arbeitsgruppen zu motivieren? SPÖ
11. Wie viele Arbeitsgruppen wurden im Rahmen der Mitmachbarkeit gebildet und welche Themenschwerpunkte bearbeiten sie zurzeit?
12. Welche Wünsche und Ideen aus dem Jahr 2024 wurden bisher nicht umgesetzt oder berücksichtigt?
13. Wie viele Treffen wurden im Rahmen der Mitmachbarkeit bisher abgehalten und welche Themen wurden dabei behandelt?

14. Wie viele Arbeitsgruppen gibt es bis dato, und wird angestrebt, auch Lehrlinge sowie Schüler:innen höherer Schulen in die Aktivitäten einzubinden?

2. Anfrage:

1. Welche städtischen **Grundstücke** wurden im Zeitraum von 2016 bis Ende 2024 verkauft, und wie hoch war der daraus resultierende Gesamterlös?

2. Wie hoch war der m²-Preis bei jedem der verkauften Grundstücke?

3. Wer hat den m²-Preis der verkauften Grundstücke festgelegt und nach welchen Kriterien wurde dieser berechnet?

4. An wen wurden die jeweiligen Grundstücke verkauft?

5. Aus welchen Gründen wurden die jeweiligen Grundstücke veräußert?

6. Wie groß ist die gesamte Fläche der von 2016 bis Ende 2024 verkauften Grundstücke, in Quadratmetern angegeben?

7. Wer war für die Bewertung der verkauften Grundstücke verantwortlich?

8. Um wie viel hat sich der Anteil der versiegelten Fläche in Hohenems seit 2016 erhöht sowohl in Quadratmetern als auch prozentual?

9. Welche Grundstücke wurden im Zeitraum von 2016 bis Ende 2024 von der Stadt angekauft?

10. Zu welchen m²-Preisen wurden diese Grundstücke angekauft?

11. Gibt es Mitbesitzer an den angekauften Grundstücken, und wenn ja, wer sind diese?

12. Welche Überlegungen lagen den Ankäufen zugrunde, und welche Beweggründe hatten die Mitbesitzer?

13. Welche Grundstücke plant die Stadt Hohenems im Zeitraum von 2025 bis 2030 zum Verkauf anzubieten?

StV. Arnulf Häfele: Wer ist mit dem heutigen Tag der rechtmäßige Leiter der Forstabteilung?

Bürgermeister: Matthias Petschnig ist der derzeitige Leiter, weil der bisherige Leiter derzeit im Krankenstand ist.

StV. Arnulf Häfele: In wenigen Monaten erfolgt der Umzug ins neue Rathaus im Schebesta-Quartier. Was geschieht mit dem jetzigen Rathaus?

Bürgermeister: Die Verwendung des jetzigen Rathauses ist nicht so einfach. Wir lassen uns Zeit.

StV. Arnulf Häfele: Mitte dieses Jahres wurde von der Landesrätin Rüscher ein Termin am Krankenhaus Hohenems vereinbart, an dem mitgeteilt werden sollte, dass die Ambulanz in der Nacht geschlossen wird. Nach Protesten wurde dieser Plan wieder fallengelassen. Was ist von diesem Plan ins Rathaus gedrungen?

Bürgermeister: Ich bin in Kontakt mit dem Landeshauptmann. Ich werde für die Ambulanz und die innere Abteilung kämpfen. Die Notfallversorgung ist extrem wichtig für uns alle.

Danke vom Bürgermeister für die Protokollführung an Sandra und Birgit. Ich wünsche allen frohe Weihnachten und ein gesundes neues Jahr.

Ende der Sitzung: 22:55 Uhr

Die Schriftführerin:

Der Vorsitzende:

Birgit Amann

Bgm. Dieter Egger